



Sonderrichtlinie für den österreichischen Aufbau- und Resilienzplan – Maßnahme Community Nursing

gem. VO 2021/241

erstellt von:

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Sektion IV
in Kraft getreten am: 1. Oktober 2021

Inhalt

1 Allgemeines.....	3
1.1 Grundsätzliche Erläuterungen	4
1.2 Anzuwendende Rechtsvorschriften und -grundlagen	5
1.3 Indikatoren für Evaluierung	5
2 Allgemeine Förderungsvoraussetzungen	6
2.1 Fördernehmer:in.....	6
2.2 Art der Förderung	6
2.3 Förderungsgegenstand	7
2.4 Dauer der Förderung	7
2.5 Förderhöhe	8
2.6 Förderbare Kosten	8
Förderbare Kosten	8
Nicht förderbare Kosten.....	11
2.7 Fördercontrolling	12
2.7.1 Berichts- und Auskunftspflichten der Fördernehmerin bzw. des Fördernehmers.....	12
2.7.2 Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung.....	13
2.7.3 Rechnungsmerkmale	14
3 Verfahren/Abwicklung	16
3.1 Förderantrag	16
3.2 Förderentscheidung.....	16
3.2.1 Kaufmännische Prüfung.....	17
3.2.2 Inhaltliche Prüfung.....	17
3.3 Förderungsvertrag	18
3.4 Auszahlungsmodalitäten	18
3.5 Abrechnungen.....	19
3.6 Rückforderungsgründe	19
3.7 Datenverwendung durch die Fördergeberin	20
3.8 Publizität	21
4 Fördermissbrauch.....	22
5 Gerichtsstand	23
6 Schlussbestimmungen	24
7 Anhang.....	25

1 Allgemeines

Aufgrund der demografischen Entwicklung kommt es zu einer Zunahme der Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsdienstleistungen, sodass es einer neustrukturierten und optimierten Versorgung mit Pflege- und Betreuungsdienstleistungen bedarf. Dabei sieht sich das österreichische System mit einer zunehmenden Zersplitterung konfrontiert. In den nächsten Jahren gilt es die Pflege- und Betreuungsangebote so zu gestalten, dass Menschen dort gepflegt und betreut werden, wo es für sie am besten passt. Auch gilt es verstärkt präventiv tätig zu werden, um die Selbsthilfe- und Gesundheitskompetenz zu stärken.

Durch die Etablierung von Community Nursing in Österreich soll ein wesentlicher Beitrag zur wohnortnahen, niederschweligen und bedarfsorientierten Versorgung geleistet werden. Dabei treten Community Nurses als zentrale Ansprechpersonen auf, die diverse Leistungen koordinieren und eine wesentliche Rolle im Präventionsbereich einnehmen. Das Tätigkeitsspektrum der Community Nurses ist breit gefächert. Ihre Aufgaben lassen sich dabei grob in die vier Bereiche „Monitoring und Erhebung“, „Information, Beratung und Edukation“, „Pflegeintervention, Koordination und Vernetzung“, sowie „Fürsprache und Interessensvertretung“ unterteilen. Die Tätigkeiten können sowohl niedergelassen als auch aufsuchend erfolgen. Detailliertere Ausführungen hierzu können im beiliegenden Aufgaben- und Rollenprofil nachgelesen werden.

Die Pilotprojekte und deren umfassende Evaluierung, die sowohl begleitend als auch nach Abschluss der Pilotprojekte stattfindet, sollen die Grundlage für weitere Änderungsprozesse in der Versorgungslandschaft bieten. Eine engmaschige und kontinuierliche Begleitung und Evaluierung, sowie ein ebensolches Monitoring führt die Gesundheit Österreich GmbH durch. Es wird ein Zwischenevaluierungsbericht (2022) vorgelegt und eine Abschlussevaluierung (2024) vorgenommen.

Eine Besonderheit von Community Nursing stellt die starke Gemeindeorientierung dar. Durch die gemeindenahere Ansiedelung der Community Nurses können die verschiedenen Leistungen äußerst niederschwellig angeboten und in der Folge auch Bevölkerungsgruppen erreicht werden, die durch andere Angebote nicht lückenlos abgedeckt werden.

Dabei bedient sich Community Nursing auch Elementen der E-Mobilität, um klimaschonenden und innovativen Verkehr in der Gemeinde zu fördern. Community Nurses sind im Rahmen ihrer aufsuchenden Tätigkeit auf Individualverkehr angewiesen, daher wird im Rahmen der gegenständlichen Sonderrichtlinie eine entsprechende Förderung für E-Autos und E-Bikes geschaffen. Dies dient auch der Nachhaltigkeit im Sinne des Österreichischen Aufbau- und Resilienzplans.

Um der bereits erwähnten Problematik der Heterogenität der Angebote in Österreich zu begegnen, ist es eines der Ziele des Projekts Community Nursing ein bundesweit einheitliches Verständnis von Community Nursing zu schaffen. Dadurch soll eine Harmonisierung dieser neuen Dienstleistung erreicht und für die Bevölkerung sowohl Orientierung als auch Transparenz sichergestellt werden.

Ein wesentliches Motiv der Fördergeberin liegt darin, innovative Projekte von Gebietskörperschaften oder von Sozialhilfeverbänden, im Bereich der Pflegevorsorge, fördern zu können und damit den aufgezeigten Herausforderungen des österreichischen Pflegevorsorgesystems zu begegnen.

1.1 Grundsätzliche Erläuterungen

1. Die Gewährung von Förderungen nach dieser Sonderrichtlinie erfolgt nach Maßgabe der von der Europäischen Kommission im Rahmen der Recovery and Resilience Facility (RRF) zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel. Insgesamt stehen EUR 51.150.000,- als Fördervolumen zur Verfügung.
2. Bei der ggst. Förderrichtlinie handelt es sich um eine Sonderrichtlinie gem. § 5 Abs. 2 der Verordnung des Bundesministers für Finanzen über allgemeine Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln (ARR 2014).
3. Ziel dieser Sonderrichtlinie ist die Sicherstellung einer effizienten, transparenten und an den Eckpunkten des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans orientierten Förderung durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) an Gemeinden, Städte und Sozialhilfeverbände zur Etablierung der Leistung Community Nursing auf regionaler Ebene.
4. Die ggst. Sonderrichtlinie ist entsprechend § 44 Abs. 2 ARR 2014 zu evaluieren.

1.2 Anzuwendende Rechtsvorschriften und -grundlagen

1. Folgende Rechtsvorschriften und -grundlagen sind bei der Förderungsvergabe zu berücksichtigen:
 - a) VERORDNUNG (EU) 2021/241 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität
 - b) § 33c des Bundesgesetzes, mit dem ein Pflegegeld eingeführt wird (Bundespflegegeldgesetz — BPGG), BGBl. Nr. 110/1993 i. d. g. F.
 - c) Verordnung des Bundesministers für Finanzen über allgemeine Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln, BGBl. II Nr. 208/2014 i. d. g. F. (im Folgenden: ARR 2014)
 - d) Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen (Bundesvergabegesetz 2018), BGBl. I Nr. 65/2018 i. d. g. F.
 - e) weitere relevante nationale Gesetze, Verordnungen und allfällige Erlässe (wie zum Beispiel das DSG oder das EStG) in der jeweils geltenden Fassung
 - f) Förderantrag sowie Förderungsvertrag zwischen der Abwicklungsstelle (GÖG/FGÖ) und den Fördernehmern
2. Insoweit in dieser Sonderrichtlinie nichts Gesondertes geregelt ist, gelten subsidiär die Bestimmungen der ARR 2014, soweit sie mit der Eigenart der Förderung vereinbar sind.

1.3 Indikatoren für Evaluierung

Die Indikatoren für die Zielerreichung lauten wie folgt und sind im Rahmen der Evaluierungen heranzuziehen:

- Aufbau und Etablierung einer Koordinierungsstelle
- Geographische Reichweite: 1 Vollzeitäquivalent für eine Bevölkerungszahl von 3.000 – 5.000 Personen
- Qualifikation der Community Nurse: Diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson
- 150 Community Nurses sind bundesweit tätig (Vollausbau)
- Erreichung von etwa 50.000 Nutzerinnen und Nutzern pro Jahr bundesweit im Vollausbau, dabei Inanspruchnahme von überwiegend weiblichen Nutzerinnen

2 Allgemeine Förderungsvoraussetzungen

2.1 Fördernehmer:in

1. Zur Einreichung eingeladen werden Gemeinden, Städte und Sozialhilfeverbände. Das bedeutet, dass Gemeinden, Städte oder Sozialhilfeverbände für die Aufgabe des Community nursings zum Beispiel eine oder mehrere diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen (DGKP) anstellen oder sich einer Trägerorganisation oder freiberuflich tätiger DGKP bedienen können. Fördernehmer:innen können zum Zweck der Beantragung der Förderung sowie zur Umsetzung des geförderten Projektes Arbeitsgemeinschaften im Sinne des § 1175 ABGB forcieren.
2. Als Fördernehmer:in sind ausgeschlossen:
 - a) Natürliche Personen
 - b) Körperschaften des privaten Rechts und Personengesellschaften
 - c) Rechtsträger:innen mit Sitz außerhalb Österreichs
3. Als Fördervoraussetzung ist die Befähigung der Fördernehmer:innen gemäß § 18 ARR 2014 anzusehen.
4. Die durch die gegenständliche Sonderrichtlinie geförderte Leistung ist eine neuartige Leistung, für die bisher keine weiteren Förderprogramme existieren. Ohne eine zusätzliche Finanzierungsquelle wäre den Fördernehmerinnen oder Fördernehmern eine Finanzierung daher nicht zumutbar. Es ist davon auszugehen, dass die Durchführung der Leistung durch die gewährte Förderung allein finanziell gesichert ist. Die Ausbedingung einer Eigenleistung durch den:die Fördernehmer:in ist daher gemäß § 16 Abs. 3 ARR 2014 nicht erforderlich.

2.2 Art der Förderung

1. Bei Förderungen nach der gegenständlichen Sonderrichtlinie handelt es sich um Geldzuwendungen, ohne dafür unmittelbar eine angemessene, geldwerte Gegenleistung zu erhalten (echte Subventionen).
2. Eine Förderung darf nur für konkrete, den Bestimmungen der RRF entsprechende Projekte gewährt werden. Die Vergabe von Grundsubventionen ist unzulässig.

3. Es besteht in keinem Fall ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung. Die beantragten Gesamtprojektkosten können durch die Abwicklungsstelle abgeändert werden.

2.3 Förderungsgegenstand

Die Förderung gem. gegenständlicher Sonderrichtlinie umfasst innovative Projekte zur Etablierung von Community Nursing im Rahmen von Pilotprojekten im Sinne des § 33c BPGG in der jeweils geltenden Fassung. Es sollen innovative Projekte von Gebietskörperschaften oder Sozialhilfeverbänden im Bereich der Pflegevorsorge gefördert werden, die Community Nurses als zentrale Ansprechpersonen einsetzen und somit zur niederschwelligen und bedarfsorientierten Versorgung beitragen. Community Nurses werden im Sinne des im Anhang befindlichen Aufgabenprofils aktiv.

Gegenstand einer Förderung im Rahmen der gegenständlichen Sonderrichtlinie ist die Förderung von Projekten, die:

- den Zielen des Fördercalls entsprechen
- an das jeweils vorhandene Angebot anknüpfen
- dieses Angebot quantitativ und/oder qualitativ durch neue, bisher noch nicht erbrachte Pflege-, Betreuungs-, Beratungs-, Koordinierungs- oder Unterstützungsleistungen ergänzen, dieses aber nicht ersetzen
- Neuerungscharakter haben

Dem Innovationsgedanken entsprechend ist eine Förderung von bereits bestehenden Leistungen nicht möglich.

2.4 Dauer der Förderung

1. Die Fördervergabe ist zeitlich begrenzt. Die Projekte sollen für einen Zeitraum von drei Jahren konzipiert sein, beginnend frühestens mit Jänner 2022, endend spätestens mit Dezember 2024. Eine Dauerförderung ist somit ausgeschlossen. Der Projektbeginn und das Projektende sind im Förderungsvertrag zwischen der Abwicklungsstelle und den Fördernehmerinnen bzw. Fördernehmern festzulegen.
2. Der frühestmögliche Zeitpunkt, zu dem Ausgaben förderbar sind, ist der 01.01.2022.

3. Förderbare Leistungen, die bis zu dem im Förderungsvertrag verankerten Projektende erbracht wurden, sind auch dann förderbar, wenn die Bezahlung dieser Leistungen innerhalb von maximal vier Monaten nach Projektende erfolgt.
4. Aus der gegenständlichen Sonderrichtlinie ist kein Präjudiz für die Weiterfinanzierung der geförderten Leistungen aus Bundesmitteln über das Projektende hinaus ableitbar.

2.5 Förderhöhe

1. Es können Projekte mit einer maximalen Förderhöhe von jeweils EUR 100.000,- pro Vollzeitäquivalent pro Jahr finanziert werden, wobei ein Vollzeitäquivalent für eine Bevölkerungszahl von 3.000 bis 5.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern tätig wird. Für drei Jahre stehen somit max. EUR 300.000,- pro Vollzeitäquivalent für die definierte Einwohner:innenanzahl zur Verfügung. Dieser Betrag beinhaltet Personalkosten inkl. Dienstgeberabgaben für die Community Nurses mit einem Anteil von bis zu 80 % und Sachkosten bis zu 20 % der genannten Gesamtsumme.
2. Ergänzend dazu werden nach Maßgabe zusätzliche finanzielle Ressourcen für die Anschaffung eines E-Fahrzeuges (Kraftfahrzeuge bzw. elektrisch angetriebene Fahrräder mit einem CO₂-Emissionswert von 0 Gramm pro Kilometer, demnach E-Autos und E-Bikes) zur Verfügung gestellt, wobei auf die geografische Lage bzw. die verkehrstechnische Situation der Fördernehmerin bzw. des Fördernehmers Rücksicht genommen wird.
3. Im Förderungsvertrag ist ein Förderhöchstbetrag und dessen Verwendungszweck festzusetzen.
4. Abgabenrechtliche sowie andere Gründe, die nach der Förderentscheidung zu höheren Ausgaben führen, haben keinen Einfluss auf die maximale Förderhöhe. Insbesondere führt ein Verlust der Vorsteuerabzugsberechtigung zu keiner nachträglichen Erhöhung des maximalen Förderbetrages.
5. Eine Untergrenze für Förderungen gibt es nicht.

2.6 Förderbare Kosten

Förderbare Kosten

1. Anrechenbare Kosten sind:
 - a) Personalkosten der Community Nurse:

- Für die Deckung der Personalkosten der Community Nurse stehen bis zu 80 % der unter Punkt 2.5 genannten Gesamtsumme pro Vollzeitäquivalent (VZÄ), das entspricht max. EUR 80.000,- pro Jahr bzw. EUR 240.000,- für max. 3 Jahre und auf Basis einer Vollzeitbeschäftigung im Ausmaß von 40 Wochenstunden, zur Verfügung, wobei ein VZÄ auf mehrere Teilzeitbeschäftigte aufgeteilt werden kann. Die Beschäftigung einer Community Nurse kann entweder über ein Angestelltenverhältnis, ein freies Dienstnehmerverhältnis, durch Inanspruchnahme einer freiberuflich tätigen DGKP oder über Inanspruchnahme eines externen Dienstleisters erfolgen. Der genannte maximal zur Verfügung stehende Betrag pro VZÄ entspricht – als Richtwert zur Orientierung – bei freien Dienstnehmerinnen bzw. Dienstnehmern einem Bruttostundensatz von maximal € 36,- (exkl. LNK). Bei Inanspruchnahme von freiberuflich tätigen DGKP bzw. externen Dienstleistern entspricht das einem förderbaren Stundensatz von max. € 50,-.

b) Sachaufwendungen:

- Für die Deckung von Sachaufwendungen stehen bis zu 20 % der unter Punkt 2.5 genannten Gesamtsumme pro Vollzeitäquivalent (VZÄ), das entspricht max. EUR 20.000,- pro Jahr sowie bis zu EUR 60.000,- über die mögliche Dauer von bis zu 3 Jahren auf Basis einer Vollzeitbeschäftigung im Ausmaß von 40 Wochenstunden, zur Verfügung. Die Sachaufwendungen sind zu unterscheiden in förderbare Pauschalbeträge und sonstige förderbare Sachaufwendungen.

1. Förderbare Pauschalbeträge bestehen aus

a) Overheadkostenpauschale:

Die Overheadkosten für den laufenden Betrieb bei dem:der Fördernehmer:in können mit 8 % des förderbaren Gesamtbetrages laut Punkt 2.5 pro VZÄ und pro Jahr (= EUR 8.000,- pro VZÄ und Jahr) anerkannt und gefördert werden. Die Overheadkostenpauschale deckt folgende Aufwendungen anteilig und/oder voll ab: Büromieten, Telefon- und Internetgebühren, Geschäftsführung, Lohnverrechnung, Controlling, Buchhaltung, zentrale Verwaltung, anteilmäßige Kosten für Betriebsrätinnen bzw. Betriebsräte, Arbeitsmediziner:innen und Sicherheitsvertrauenspersonen, IT-Kosten (zentrale EDV-Abteilung, z.B. Instandhaltungskosten, Wartungen, Lizenzgebühren), Strom-, Heizungs- und Reinigungskosten, AfA, Büromaterial (wie Toner, Papier, Stifte etc.) und sonstige erbrachte projektbezogene Eigenleistungen

ohne eigenen Zahlungsbeleg (z. B. Postwurfsendung durch Gemeindebedienstete, Kooperation mit der externen Evaluation etc.). Hierfür sind keine Belege notwendig.

b) Optionale Pauschalabrechnung (Wahlmöglichkeit).

(i) Eine zusätzliche pauschalierte Abrechnung und Förderung ohne Belege ist in Höhe von 4 % des förderbaren Gesamtbetrages gem. Punkt 2.5 (= EUR 4.000,- pro VZÄ und Jahr) für nachfolgende Sachaufwendungen möglich: sämtliche Reisekosten, Stromkosten der E-Mobilität, Tankkosten, Ausstattung mit Arbeitsbekleidung sowie für die technische Ausstattung der Community Nurses.

(ii) Wahlweise ist die Abrechnung dieser Sachaufwendungen auch auf Basis der tatsächlich angefallenen Kosten möglich. Die Auswahl ist im Zuge der Antragstellung im verpflichtend zu verwendenden Excel-Budget (Budget-Vorlage) vorab bekannt zu geben. Wurde im Excel-Budget eine Abrechnung auf Basis der tatsächlich angefallenen Kosten bekannt gegeben, so ist eine spätere Abrechnung und Förderung auf Basis einer Pauschalabrechnung nicht mehr möglich und entsprechende Belege sind im Zuge der Zwischen- und Endabrechnung vorzulegen.

2. Sonstige förderbare Sachaufwendungen („direkte Kostenabrechnung“): Sämtliche sonstige projektbezogene Sachaufwendungen, welche nicht bereits vom Punkt „1. Förderbare Pauschalbeträge“ umfasst sind, können auf Basis der tatsächlich angefallenen Kosten und Vorlage der konkreten Belege gefördert werden. Die konkreten Nachweisbelege sind bei Zwischen- und Endabrechnung vorzulegen. Sonstige Sachaufwendungen können im folgenden Umfang gefördert werden:

a) max. 8 % des förderbaren Gesamtbetrages gem. Punkt 2.5 pro VZÄ und pro Jahr (= max. EUR 8.000,- pro VZÄ und Jahr), wenn bereits die „Optionale Pauschalabrechnung“ gemäß Punkt 1 b) (i) gewählt wurde.

b) max. 12 % des förderbaren Gesamtbetrages gem. Punkt 2.5 pro VZÄ und pro Jahr (= max. EUR 12.000,- pro VZÄ und Jahr), wenn die „Optionale Pauschalabrechnung“ gemäß Punkt 1 b) (i) nicht gewählt wurde.

Unter sonstige förderbare Sachaufwendungen fallen beispielsweise: Fachliteratur, Kongress- und Schulungskosten, Kosten für Capacity Building betreffend Community Nursing bei dem:der Fördernehmer:in wie beispielsweise Weiterbildungskosten, Umsetzungskosten für Infoveranstaltungen

(z. B. Raummiete, Moderation, Honorare für Referentinnen bzw. Referenten, Versicherung, etc.), Textierung, Grafik, Layout, Korrektorat, Druck und Versand von Infobroschüren o.ä. wenn diese dem Projekt direkt zugeordnet werden können.

Unabhängig vom konkret gewählten Abrechnungsmodell können für sämtliche Sachaufwendungen max. 20 % der unter Punkt 2.5 genannten Gesamtsumme (max. EUR 20.000,- pro Jahr) gefördert werden.

- c) Anschaffungs- und Leasingkosten für E-Fahrzeuge (Kraftfahrzeuge bzw. elektrisch angetriebene Fahrräder mit einem CO₂-Emissionswert von 0 Gramm pro Kilometer) von maximal EUR 30.000,-. Überschreitet im Zuge einer Anschaffung die Amortisationsdauer des E-Fahrzeuges den Zeitraum des Projekts, wird maximal jener Kostenanteil gefördert, der der Abschreibung nach dem Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988, in der jeweils geltenden Fassung, für den Projektzeitraum entspricht, maximal jedoch EUR 30.000,-. Förderbar im Zusammenhang mit der Nutzung von Leasing-Fahrzeugen ist das fällige Leasingentgelt, wobei maximal vom Nettohandelswert des Leasing-Fahrzeuges unter Bedachtnahme auf die Dauer des Projekts und Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Leasing-Fahrzeuges auszugehen ist, wobei jedoch der Wert von EUR 30.000,- nicht überschritten werden darf. Voraussetzung dafür ist, dass der:die Fördernehmer:in auch der:die Leasingnehmer:in ist. Allfällig ausstehende Leasingraten nach Ende der Projektlaufzeit bzw. Anschaffungskosten, die über den geförderten Anteil hinausgehen, sind von dem:der Fördernehmer:in selbst zu tragen.
2. Fallen derartige Kosten im Zuge des Projekts bei Umsetzungspartnerinnen bzw. Umsetzungspartnern wie etwa Trägerorganisationen oder freiberuflich tätigen DGKP an, sind diese Kosten ebenfalls förderbar.

Nicht förderbare Kosten

- Kosten baulicher Maßnahmen
- Geschenke, Prämierungen
- Alkoholische Getränke
- Kosten, die in keiner Beziehung zum Projekt stehen

Die auf die Kosten der förderbaren Leistung entfallende Umsatzsteuer ist nicht förderbar. Sofern diese Umsatzsteuer aber nachweislich tatsächlich und endgültig von dem:der Fördernehmer:in zu tragen ist, somit für ihn:sie keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht, wird sie als förderbarer Kostenbestandteil berücksichtigt. Die – auf welche Weise

auch immer – rückforderbare Umsatzsteuer ist auch dann nicht förderbar, wenn sie der:die Förderungsnehmer:in nicht tatsächlich zurückerhält.

2.7 Fördercontrolling

2.7.1 Berichts- und Auskunftspflichten der Fördernehmerin bzw. des Fördernehmers

1. Im Förderungsvertrag ist fest zu legen, dass der:die Fördernehmer:in der Abwicklungsstelle über den inhaltlichen Verlauf des Projektfortgangs zu berichten hat. Die Anzahl, die Termine und die Fälligkeit der Berichte sind abhängig von der genehmigten Dauer des Projektes im Förderungsvertrag zu verankern.
2. Ebenso sind über die angefallenen Ausgaben Abrechnungsunterlagen zu legen. Die Anzahl sowie die Termine der Abrechnungen sind abhängig von der genehmigten Dauer des Projektes im Förderungsvertrag zu regeln. Zu jeder Abrechnung ist der Abwicklungsstelle eine für diese lesbare Datei in Excel-Format zu übermitteln, die einen geeigneten Überblick über den bis zu den Abrechnungstichtagen bestehenden Vergleich der förderbaren Budgetpositionen mit den tatsächlichen Ausgaben zulässt.
3. Der:Die Fördernehmer:in verpflichtet sich, die der Abwicklungsstelle für die Abrechnung geforderte sonstige notwendige Unterlagen zur Verfügung zu stellen und erforderliche Auskünfte zu geben.
4. Die Abwicklungsstelle behält sich vor, aus Gründen der inhaltlichen Plausibilisierung stichprobenartig auch Belege bzw. Belegkopien anzufordern, die nicht gefördert werden, aber in einem Zusammenhang mit dem Projekt stehen.
5. Der:Die Fördernehmer:in verpflichtet sich an den Evaluationsmaßnahmen mitzuwirken und entsprechende Informationen bereitzustellen.
6. Der:Die Fördernehmer:in hat zu akzeptieren, dass die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle regelmäßige Prüf-, Kontroll- und Einschaumaßnahmen vornehmen kann, um sich zu vergewissern, dass die bereitgestellten (Förder-)Mittel im Einklang mit allen anwendbaren Vorschriften (Unionsrecht sowie nationales Recht) verwendet wurden und dass alle Maßnahmen zur Durchführung von Reformen und Investitionsvorhaben im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans im Einklang mit allen anwendbaren Vorschriften ordnungsgemäß durchgeführt wurden, insbesondere hinsichtlich Prävention, Aufdeckung und Behebung von Betrug, Korruption und Interessenkonflikten. § 24 Abs. 2 ARR 2014 bleibt unberührt.

7. Der:Die Fördernehmer:in hat zu akzeptieren, dass die haushaltsführende Stelle bzw. die Abwicklungsstelle geeignete Maßnahmen ergreifen kann, um Betrug, Korruption und Interessenskonflikte gem. Art. 61 Abs. 2 und 3 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlamentes und des Rates (im Folgenden „Haushaltsordnung“), die sich gegen die finanziellen Interessen der Union richten, zu verhindern, sowie rechtliche Schritte ergreifen kann, um nicht widmungsgerecht verwendete Mittel – insbesondere in Bezug auf Maßnahmen zur Umsetzung von Reformen und Investitionsvorhaben im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplanes – wieder einzuziehen. § 25 ARR 2014 bleibt unberührt.
8. Der:Die Fördernehmer:in hat zu akzeptieren, dass Organe der Europäischen Kommission, des OLAF, des Europäischen Rechnungshofs, der EUSTa ermächtigt sind, ihre Rechte nach Art. 129 Abs. 1 der Haushaltsordnung auszuüben und ihr oder ihm entsprechende Verpflichtungen auferlegt werden können. § 24 Abs. 2 ARR 2014 bleibt unberührt.

2.7.2 Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung

1. Der:Die Fördernehmer:in hat zum Zweck der Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Fördermittel der Abwicklungsstelle die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Verwendungsnachweise i. S. d. § 40 ARR 2014 (bestehend aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis) zu übermitteln sowie Einsicht in die Bücher und Belege zu gewähren und Besichtigungen an Ort und Stelle zu gestatten.
2. Der:Die Fördernehmer:in hat die zur Förderung eingereichten Belege den von der Abwicklungsstelle festgelegten förderbaren Budgetpositionen zuzuordnen.
3. Es dürfen nur die durch den:die Fördernehmer:in bezahlten Aufwendungen gefördert werden. Der Zahlungsnachweis ist entweder durch Kontoauszüge oder Telebankauszüge bzw. Empfangsbestätigungen bei Barzahlungen zu dokumentieren.
4. Sofern die Förderbarkeit von Ausgaben für bei dem:der Fördernehmer:in beschäftigte Dienstnehmer:innen vereinbart wird, sind der Fördergeberin zur Abrechnung die Jahreslohnkonten der geförderten Personalkosten zur Verfügung zu stellen.
5. Für die Beurteilung, ob eine zu fördernde Leistung innerhalb des Leistungszeitraums erbracht wurde, ist das Leistungsdatum bzw. der Leistungszeitraum relevant. Fallen Leistungs- und Rechnungsdatum auseinander, ist im Text der Rechnung der Leistungszeitraum anzuführen. Mangels anderslautender Angaben gilt das Rechnungsdatum als Leistungsdatum.
6. Bei Eingangsrechnungen der Fördernehmerin bzw. des Fördernehmers, die nach Projektende ausgestellt wurden, aber Leistungen betreffen, die vor Projektende erbracht

worden waren, darf das Rechnungs- und Zahlungsdatum nicht später als vier Monate nach Leistungserbringung erfolgen. Andernfalls ist die Ausgabe nicht förderbar.

7. Die Höhe der von der Abwicklungsstelle geförderten Ausgaben ist im Abrechnungsschreiben zu vermerken. Zusätzlich wird dem Abrechnungsschreiben eine Auflistung aller herangezogenen Belege für die Abrechnung beigelegt. Diese Liste wird allfälligen mitfinanzierenden Stellen des jeweiligen Projekts zur Verfügung gestellt.

2.7.3 Rechnungsmerkmale

1. Original-Eingangrechnungen der Fördernehmerin bzw. des Fördernehmers haben den Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes i. d. g. F. zu entsprechen. Die Rechnungen müssen die folgenden Angaben enthalten (siehe § 11 UStG):
 - a) den Namen und die Anschrift der liefernden oder leistenden Unternehmerin bzw. des liefernden oder leistenden Unternehmers
 - b) den Namen und die Anschrift der Abnehmerin bzw. des Abnehmers der Lieferung oder der Empfängerin bzw. des Empfängers der sonstigen Leistung. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag EUR 10.000,- übersteigt, ist weiters die dem:der Leistungsempfänger:in vom Finanzamt erteilte Umsatzsteuer-Identifikationsnummer anzugeben, wenn der:die leistende Unternehmer:in im Inland einen Wohnsitz (Sitz), seinen:ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder eine Betriebsstätte hat und der Umsatz an eine:n andere:n Unternehmer:in für dessen:deren Unternehmen ausgeführt wird
 - c) die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung
 - d) den Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung oder den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt. Bei Lieferungen oder sonstigen Leistungen, die abschnittsweise abgerechnet werden (z. B. Lebensmittellieferungen), genügt die Angabe des Abrechnungszeitraumes, soweit dieser einen Kalendermonat nicht übersteigt
 - e) das Entgelt für die Lieferung oder sonstige Leistung (§ 4) und den anzuwendenden Steuersatz; im Falle einer Steuerbefreiung einen Hinweis, dass für diese Lieferung oder sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt
 - f) den auf das Entgelt (Z 5) entfallenden Steuerbetrag
2. Weiters hat die Rechnung folgende Angaben zu enthalten:
 - a) das Ausstellungsdatum
 - b) eine fortlaufende Nummer mit einer oder mehreren Zahlenreihen, die zur Identifizierung der Rechnung einmalig vergeben wird

- c) soweit der:die Unternehmer:in im Inland Lieferungen oder sonstige Leistungen erbringt, für die das Recht auf Vorsteuerabzug besteht, die dem:der Unternehmer:in vom Finanzamt erteilte Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
3. Original-Eingangsrechnungen, die formelle und/oder materielle Mängel aufweisen, können nicht abgerechnet werden.

3 Verfahren/Abwicklung

3.1 Förderantrag

1. Der Förderantrag ist unter Verwendung des „Lime Survey“, veröffentlicht auf der Website der Gesundheit Österreich GmbH (www.goeg.at), unter Beifügung eines rechtsgültig von den Zeichnungsberechtigten der Antragstellerin bzw. des Antragstellers unterfertigten Unterschriftenblatts einzureichen.
2. Werden der Abwicklungsstelle unvollständig und/oder unrichtig eingebrachte Förderanträge übermittelt, ist dies ein Ablehnungsgrund.
3. Zur Antragstellung sind Gemeinden, Städte und Sozialhilfeverbände berechtigt.

3.2 Förderentscheidung

1. Die vollständig eingebrachten Förderanträge werden seitens der Abwicklungsstelle Gesundheit Österreich GmbH (Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich) gemäß den anzuwendenden Rechtsvorschriften geprüft.
2. Es erfolgt eine inhaltliche und kaufmännische Prüfung sowie eine Voransicht durch die Bundesländer, den Gemeindebund und den Städtebund.
3. Grundsätzlich werden die nachfolgenden Indikatoren für eine österreichweite Gleichverteilung eingesetzt. Aus der Anwendung des Bevölkerungsschlüssels ergibt sich letztlich auch eine maximale Fördersumme pro Bundesland.
 - Bevölkerungsschlüssel
 - Anteil der Bewohner:innen ab 75 Jahren bzw. Pflegegeldbezieher:innen
 - Größe der Gemeinden
 - Verhältnis Stadt-/Landgemeinden
4. Nach Genehmigung durch den:die Bundesminister:in für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz erhält der:die Antragsteller:in eine schriftliche Verständigung über die Förderentscheidung.
5. Das einzelne Projekt betreffende nähere Parameter (Laufzeit, Förderhöhe, Auszahlungsmodalitäten etc.) sind in einem Förderungsvertrag festzulegen.

3.2.1 Kaufmännische Prüfung

1. Zum Projektantrag ist ein Excel-Budget mit einer detaillierten Auflistung aller zum Projekt anfallenden Ausgabenpositionen zu erstellen. Damit die budgetierten Beträge nachvollziehbar sind, müssen zu den jeweiligen Budgetbeträgen Kalkulationsgrundlagen (z. B. Angabe von Stunden- bzw. Tagsätzen, Anzahl der Stunden bzw. Tage, Einzelbeträge, weitere relevante Informationen etc.) angegeben werden. Pauschalbeträge können in einem festgelegten Rahmen gefördert werden – siehe hierzu Punkt 2.6 und die Budgetvorlage (Excel-Budget) im Antragsformular.
2. Beim Budget-/Finanzierungskonzept werden im Zuge der kaufmännischen Prüfung folgende Voraussetzungen geprüft:
 - a) Gewährleistung der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Ausgaben
 - b) Vorliegen einer nachvollziehbaren und realistischen Budgetierung der Einnahmen und Ausgaben (Kalkulationsgrundlagen, Angebote etc.)
 - c) angemessener Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen
 - d) Sicherung der Finanzierung des gesamten Projekts
 - e) Gewährleistung eines Mehrwertes, d. h. nicht gefördert werden Projekte, die bisher von anderen Stellen finanziert wurden und ohne qualitative bzw. quantitative Erweiterung zur Förderung eingereicht werden.
3. Die Abwicklungsstelle behält sich vor, einzelne vom Antragsteller oder der Antragstellerin gewählte Budgetansätze auf Basis der erfolgten kaufmännischen Prüfung zu kürzen oder von einer Förderung auszuschließen. Weiters behält sich die Abwicklungsstelle das Recht vor, auf Basis und/oder nach der erfolgten kaufmännischen Prüfung weitere Vergleichsofferte für nötige vertiefende Prüfungen nachzufordern.

3.2.2 Inhaltliche Prüfung

1. Im Rahmen des Projektantrages muss ein Projektkonzept erstellt werden. Dabei werden im Zuge der inhaltlichen Bewertung unter anderem folgende Voraussetzungen verbindlich geprüft:
 - a) Geografische Reichweite: 1 Vollzeitäquivalent für eine Bevölkerungszahl von 3.000 – 5.000 Personen
 - b) Qualifikation der Community Nurse
 - c) Orientierung am „Aufgaben- und Rollenprofil Community Nursing“
 - d) Bereitschaft zum Erfüllen formaler Kriterien (z.B. Bereitschaft zur Leistungsdokumentation, Verwendung des Corporate Designs, etc.)

3.3 Förderungsvertrag

1. Über die zugesagte Förderung wird ein Förderungsvertrag errichtet, welcher jene detaillierten Bedingungen und Auflagen enthält, die dazu dienen, die Erreichung des Förderungszwecks zu gewährleisten.
2. Eine Förderung darf nur aufgrund eines schriftlichen Förderungsvertrages gewährt werden. Die Abwicklungsstelle hat für ihren Bereich Musterförderungsverträge auszuarbeiten, die sich am Schema des § 24 Abs. 1 ARR 2014 orientieren. Folgende Inhalte sind im Förderungsvertrag direkt oder implizit enthalten:
 - Bezeichnung der Rechtsgrundlage
 - Bezeichnung der Fördernehmerin bzw. des Fördernehmers
 - Beginn und Dauer der Laufzeit der Förderung
 - Art und Höhe der Förderung
 - genaue Beschreibung des geförderten Projektes (Förderungsgegenstand)
 - förderbare und nicht förderbare Kosten
 - Fristen für die Durchführung des geförderten Projektes sowie für die Berichtspflichten
 - Auszahlungsbedingungen
 - Kontrolle und gegebenenfalls Mitwirkung bei der Evaluierung
 - Bestimmungen über die Einstellung und Rückzahlung der Förderung
 - Bestimmungen zur Datenverarbeitung
 - sonstige zu vereinbarende Vertragsbestimmungen
3. Die Förderung darf nur bei Einhaltung sämtlicher in dieser Sonderrichtlinie sowie in § 24 Abs. 2 ARR 2014 genannten allgemeinen Förderungsvoraussetzungen gewährt werden.

3.4 Auszahlungsmodalitäten

1. Die erste Rate der Förderung wird 30 Tage nach Vertragsabschluss ausbezahlt. Die weitere Ausschüttung erfolgt, abhängig von der genehmigten Dauer des Projektes, in jährlichen Tranchen, welche an die Vorlage und Genehmigung von Zwischenberichten und Zwischenabrechnungen gebunden sind, sowie einer Restrate von maximal 10 % der Gesamtsumme nach erfolgter Endabrechnung und Ermittlung der tatsächlichen

Fördersumme auf Basis der tatsächlich förderbaren Kosten. Details hierzu werden im Förderungsvertrag festgelegt.

3.5 Abrechnungen

1. Je nach Dauer des Projekts sind Zwischenabrechnungen und eine Endabrechnung durchzuführen. Die Anzahl und Höhe der Teilbeträge bzw. des maximalen Endbetrags sind im Förderungsvertrag festzuhalten.
2. Nach Prüfung der Endabrechnung und Ermittlung der tatsächlichen Fördersumme durch die Abwicklungsstelle wird der:die Fördernehmer:in schriftlich, mittels Abrechnungsschreiben, über das Ergebnis informiert.

3.6 Rückforderungsgründe

1. Ergibt sich nach Durchführung der Endabrechnung, dass die bisherigen Teilzahlungen in Summe höher waren als der laut Endabrechnung zustehende Förderbetrag, ist die Differenz zurückzufordern.
2. Wird ein Projekt nicht plangemäß beendet und trifft an der vorzeitigen Beendigung bzw. Einstellung des Projekts den:die Fördernehmer:in keine Schuld, kann die Abwicklungsstelle die bis zur Einstellung des Projekts angefallenen förderbaren Ausgaben unter der Voraussetzung des ordnungsgemäßen Nachweises gem. Punkt 2.5 fördern.
3. Wird ein Projekt aus Verschulden der Fördernehmerin bzw. des Fördernehmers vorzeitig beendet, sind sämtliche bis dahin erfolgten Förderzahlungen zur Gänze verzinslich zurückzufordern.
4. Es ist dem:der Fördernehmer:in schriftlich für die Rückzahlung eine angemessene Frist einzuräumen. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, fallen Verzugszinsen in der Höhe von 4 % p.a. ab dem Tag der Überschreitung der Zahlungsfrist an.
5. Rückforderungsgründe liegen insbesondere auch vor, wenn
 - a) Organe oder Beauftragte der Fördergeberin, der Abwicklungsstelle, Organe der Europäischen Union oder einer anderen Fördergeberin bzw. eines anderen Fördergebers der öffentlichen Hand über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden sind,

- b) vorgesehene Berichte nicht erstattet oder Nachweise nicht erbracht oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt worden sind, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtslage bei Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben ist,
 - c) die unverzügliche Meldung von Ereignissen, welche die Durchführung des geförderten Vorhabens verzögern oder unmöglich machen oder deren Abänderung erfordern würden, unterblieben ist,
 - d) über das Vermögen der Fördernehmerin bzw. des Fördernehmers vor ordnungsgemäßigem Abschluss des geförderten Vorhabens ein Konkursverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines Konkurses mangels Masse abgelehnt wird,
 - e) der:die Fördernehmer:in vorgesehene Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert oder die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Förderung innerhalb des für die Aufbewahrung der Unterlagen vorgesehenen Zeitraums nicht mehr überprüfbar ist,
 - f) die Fördermittel ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet worden sind,
 - g) das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann oder durchgeführt worden ist,
 - h) das Abtretungs-, Anweisungs- und Verpfändungsverbot und sonstige Verfügungsverbote nicht eingehalten wurden,
 - i) die Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes nicht beachtet wurden oder
 - j) von Organen der EU die Aussetzung und/oder Rückforderung verlangt wird oder
 - k) sonstige Fördervoraussetzungen, insbesondere solche, die die Erreichung des Förderungszweckes sichern sollen, von dem:der Fördernehmer:in nicht eingehalten wurden.
6. Im Falle von widmungswidriger Verwendung der Fördermittel sowie der Nichteinhaltung von Berichts-, Rechnungslegungs-, Einsichts- und Auskunftspflichten, welche dem Zweck der Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Fördermittel dienen (Punkt 2.7.2), ist der zurückzuzahlende Betrag für die Zeit von der Auszahlung bis zur Rückzahlung in Höhe von 3% über dem geltenden, von der Österreichischen Nationalbank verlautbarten Basiszinssatz zu verzinsen.

3.7 Datenverwendung durch die Fördergeberin

Der:Die Fördernehmer:in hat sowohl im Förderungsansuchen als auch im Förderungsvertrag zur Kenntnis zu nehmen, dass die haushaltsführende Stelle als Verantwortliche oder

die haushaltsführende Stelle und die Abwicklungsstelle als gemeinsame Verantwortliche oder als Verantwortliche und Auftragsverarbeiterin berechtigt sind,

1. die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten zu verarbeiten, wenn dies für den Abschluss und die Abwicklung des Förderungsvertrages, für Kontrollzwecke und die Wahrnehmung der der haushaltsführenden Stelle gesetzlich übertragenen Aufgaben erforderlich ist;
2. die für die Beurteilung des Vorliegens der Förderungsvoraussetzungen und zur Prüfung des Verwendungsnachweises erforderlichen personenbezogenen Daten über die von ihr oder ihm selbst erteilten Auskünfte hinaus auch durch Rückfragen bei den in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes oder bei einem anderen Rechtsträger, der einschlägige Förderungen zuerkennt oder abwickelt, oder bei sonstigen Dritten zu erheben und an diese zu übermitteln, wobei diese wiederum berechtigt sind, die für die Anfrage erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten und Auskunft zu erteilen;
3. Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 durchzuführen.

Dem:Der Fördernehmer:in ist zur Kenntnis zu bringen, dass es dazu kommen kann, dass personenbezogene Daten insbesondere Organen und Beauftragten des Rechnungshofes (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr. 144), des Bundesministeriums für Finanzen (insbesondere gemäß §§ 57 bis 61 und 47 BHG 2013 sowie § 14 ARR 2014) und der Europäischen Union nach den EU-rechtlichen Bestimmungen übermittelt oder offengelegt werden müssen.

3.8 Publizität

Der:Die Fördernehmer:in hat sicherzustellen, dass die Unionsförderung sichtbar gemacht wird, insbesondere indem beispielsweise das Unionslogo und ein entsprechender Hinweis auf die Finanzierung mit dem Wortlaut „Finanziert von der Europäischen Union – NextGenerationEU“ vorgesehen werden. § 31 ARR 2014 bleibt unberührt.

4 Fördermissbrauch

Vor Gewährung einer Förderung ist durch die Abwicklungsstelle zu erheben,

1. welche Förderungen aus öffentlichen Mitteln, einschließlich EU-Mitteln dem:der Fördernehmer:in in den letzten drei Jahren vor Einbringung des Förderungsansuchens für dieselbe Leistung, wenn auch mit verschiedener Zweckwidmung, gewährt wurden und
2. um welche derartigen Förderungen der:die Fördernehmer:in bei einer anderen haushaltsführenden Stelle des Bundes oder einem anderen Rechtsträger einschließlich anderer Gebietskörperschaften und der Europäischen Union angesucht hat, über deren Gewährung noch nicht entschieden wurde oder um die der:die Fördernehmer:in noch ansuchen will.

Die Erhebung hat insbesondere durch entsprechende Angaben der Fördernehmerin bzw. des Fördernehmers zu erfolgen. Die Abwicklungsstelle wird jedenfalls eine Abfrage aus dem Transparenzportal vornehmen. Zu diesem Zweck besteht eine Berechtigung zur Transparenzportalabfrage gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 in die eigene und in die zugeordnete einheitliche Kategorie gemäß § 22 Abs. 1 und 2 TDBG 2012.

Vor Gewährung einer Förderung hat die Förderungsgeberin bei Verdacht des Vorliegens unerwünschter Mehrfachförderungen andere in Betracht kommende Förderungsgeber:innen zu verständigen. Liegt eine unerwünschte Mehrfachförderung vor, ist keine Förderung zu gewähren.

Fördernehmer:innen unterliegen einer Mitteilungspflicht bis zum Abschluss des Förderungsprojekts, die auch jene Förderungen umfasst, um welche die Fördernehmer:innen nachträglich ansuchen.

Dem:der Fördernehmer:in ist zur Kenntnis zu bringen, dass die missbräuchliche Verwendung der Förderungsmittel strafrechtliche Konsequenzen (insbes. § 153b StGB) nach sich ziehen kann.

Wenn im Zuge der Abrechnung begründete Hinweise für einen Fördermissbrauch (z. B. Doppel- oder Mehrfachförderung für dieselben Ausgaben) bestehen, wird ausnahmslos Strafanzeige erstattet.

5 Gerichtsstand

Für Streitigkeiten aus dem durch die Förderung begründeten Rechtsverhältnis ist das sachlich zuständige Gericht in Wien zuständig.

6 Schlussbestimmungen


Die Bestimmungen dieser Sonderrichtlinie gelten für die Gewährung einer Förderung zu Durchführung eines Pilotprojekts „Community Nursing“. Diese Sonderrichtlinie enthält die allgemeinen geltenden Bedingungen für den Abschluss eines Vertrages zwischen der Abwicklungsstelle und dem:der Fördernehmer:in.

Die Sonderrichtlinie tritt am 1. Oktober 2021 in Kraft und endet spätestens mit 30. Juni 2025.

Diese Sonderrichtlinie ist vom BMSGPK auf dessen Website zu veröffentlichen.

7 Anhang

1. Aufgaben- und Rollenprofil – Community Nursing, erstellt von der Gesundheit Österreich GmbH im Auftrag des BMSGPK



**Bundesministerium für
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz**

Stubenring 1, 1010 Wien

+43 1 711 00-0

[sozialministerium.at](https://www.sozialministerium.at)